

Konzepte: Politische Bildung und Demokratiebildung

Ein Überblick

**Vielfalt
gestalten**

Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

Transferstelle
politische
Bildung



Einleitung

Politische Bildung, Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratie-Lernen, Demokratiepädagogik: Die Debatte um politische Bildung ist von einer konzeptionellen Unübersichtlichkeit geprägt. Während der Begriff „Politische Bildung“ theoretisch wie praktisch über eine lange Tradition verfügt, sind Ansätze, die nicht „Politik“, sondern „Demokratie“ im Namen tragen, neueren Datums. Sie sind jedoch auch schon seit über 20 Jahren Gegenstand konzeptioneller Debatten. Dass sie innerhalb jeweils unterschiedlicher Diskursgruppen geführt wurden – aus der Perspektive der nonformalen politischen Bildung, der Kinder- und Jugendarbeit und der Schule –, die sich jeweils auf eigene Begriffs- und Theorietraditionen bezogen, war der Hauptgrund für Unübersichtlichkeit und teilweise verhärtete Diskussionen. Der Titel des Podcasts „Politische Bildung und Demokratische Bildung – Ziemlich beste Feinde?“ (Partetzke 2024) steht treffend für die schwierige Auseinandersetzung. Dabei ging es, auf beiden Seiten, lange um Abgrenzungen, vor allem auf politikwissenschaftlicher Basis.

Der Streit ist jedoch mehr als akademisch: Er beeinflusst, wie Bildungsangebote gestaltet werden, welche Themen gewählt und wie mit Zielgruppen gearbeitet wird:

„Diese anhaltende Diskussion hängt auch damit zusammen, dass sich Handlungsfelder und Einrichtungen/Organisationen der Jugendarbeit/Jugendbildung voneinander unterscheiden, weil sie jeweils spezifische Trägerstrukturen aufweisen [...] und von verschiedenen strukturellen, politischen, wertebasierten, thematischen oder fachlichen Bedingungen und Faktoren beeinflusst werden [...]. Hierbei spielen auch die fachlichen Hintergründe, Qualifikationen und pädagogischen Einstellungen der Fachkräfte eine wichtige Rolle, da sich diese in der alltäglichen Arbeit immer wieder aktiv für oder gegen bestimmte konzeptionelle Prämissen entscheiden bzw. sie jeweils situativ anpassen.“ (*Transfer für Bildung* e.V. 2022: 16)

Die Gesamtdebatte führte damit auch zu Selbstverständigungsdiskursen und dazu, dass verstärkt konzeptionelle Fragen innerhalb und zwischen den jeweiligen Wissenschafts- und Praxisfeldern diskutiert werden.

Die *Fachstelle politische Bildung* von *Transfer für Bildung* e.V. hat 2023 eine Handreichung (*Transfer für Bildung* e.V. 2022) erstellt, in der sie versucht hat, an den Befund von Becker (Becker 2020) und des 16. Kinder- und Jugendberichts „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ anzuschließen, „dass politische Bildung in allen Praxisfeldern der Kinder- und Jugendarbeit stattfindet“ (BMFSFJ 2020: 60), und damit die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden auch in der Debatte um politische Bildung und Demokratiebildung aufzunehmen. Die Handreichung soll zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen und weiteren Austausch und Zusammenarbeit anregen. Mit der Handreichung wurde bereits ein Modell vorgeschlagen, dass Grundprinzipien und Konzepte politische Bildung und solche der Demokratiebildung als Konzept der Jugendarbeit „integriert“ (vgl. *Transfer für Bildung* 2024).

Diese Entwicklung war Anlass für die *Transferstelle politische Bildung*, im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ aktuelle Positionen und weiterführenden Perspektiven zusammenzubringen. Dabei legte das Fachforum einen Schwerpunkt auf die Prüfung, ob bzw. welche konzeptionellen Überlegungen konsensfähig sind.

Grundlage dafür sind, neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur, zwei Fachforen, die im Februar und im März 2024 von der *Transferstelle politische Bildung* durchgeführt wurden. Dort diskutierten Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis und öffentlichen Institutionen zum Thema. Die Gespräche wurden für diesen Text genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen so-

wie zusätzliche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Ziel des Papiers ist es, sowohl die Kernpunkte als auch die Bandbreite der Debatten herauszustellen. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und dient lediglich als Anregung, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen. Es soll beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier behandelt folgende Punkte:

- Politische oder demokratische Bildung? Erste Unterscheidung
- Politiktheoretische Überlegungen
- Demokratietheoretische Überlegungen
- Bildungstheoretische Überlegungen
- Praxismodelle
- Ausblick

Politische oder demokratische Bildung?

Erste Unterscheidung

Was wie ein Streit um Worte wirkt, ist eine Auseinandersetzung um politikwissenschaftliche und bildungstheoretische Begründungen für die Gestaltung von Bildungsgelegenheiten, bei denen es um Politik und Politisches geht (vgl. Gloe/Oeftering 2020).

Im Folgenden wird versucht, die wichtigsten Argumentationsstränge der Fachdebatte zu skizzieren (vgl. dazu exemplarisch Kenner/Lange 2022; Partetzke 2023; Sturzenhecker 2024; Widmaier 2019; Wohnig/Sämann 2022). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterscheidung von nonformaler politischer Bildung und sozialpädagogischer Demokratiebildung. Es sei besonders darauf hingewiesen, dass die Debatte zwischen der schulischen Fachdidaktik, die sich auf den Politikunterricht bezieht, und der Schulentwicklungsdebatte, die sich auf Demokratiepädagogik (Himmelfmann 2004) bzw. Demokratiebildung bezieht, davon abweichende Begriffsverständnisse und Argumentationen aufweisen kann (vgl. exemplarisch Himmelfmann 2004 und Kenner/Lange 2020).

Politisch bildende Ansätze legen ihren Schwerpunkt auf die reflexive Auseinandersetzung mit Politik, mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie politischen Konflikten. Ihr Ziel sind politische Urteilsbildung und politische Partizipation: „Vor diesem Hintergrund kann politische Bildung wie folgt beschrieben werden: Sie bezieht sich auf einen konfliktorientierten Politikbegriff, der Macht- und Herrschaftsverhältnisse bei der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen reflektiert“ (Wohnig 2021: 18).

Demokratisch bildende Ansätze legen ihren Schwerpunkt auf die Erfahrung von demokratischer Partizipation im Sinne demokratischer Aushandlung und Mitbestimmung, in, aber nicht nur, Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Jugendarbeit. Dabei geht man davon aus, dass Partizipationserfahrungen Bildungsgelegenheiten sind, um etwas über Politik und Demokratie zu lernen:

„Wenn Kinder und Jugendliche bestimmen, was sie sich wie zusammen aneignen wollen, entstehen Möglichkeiten von Demokratiebildung. Dabei geht es um Politik als Ausübung von demokratischer Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie um die Inhalte dieser Prozesse zu Fragen der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung von Regelungen der Lebensführung. Das bezieht sich auf die Lebensführung in den sozialpädagogischen Einrichtungen als ‚Gesellschaft im Kleinen‘ sowie in der ‚großen‘ Gesellschaft in Stadtteil/Dorf, Kommune, Land, Republik, Europa und Planeten“ (Sturzenhecker 2024: 41).

Diese Differenzierung von politischer Bildung und Demokratiebildung liest sich wie die Beschreibung zweier komplementärer Ansätze, die einander ergänzen und in keinem Konflikt zueinander stehen. Dass dennoch gestritten wird, hängt auch mit den jeweiligen politikwissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen bzw. sozialpädagogischen Perspektiven zusammen. Im Folgenden wird versucht, die Differenzen dieser Perspektiven darzustellen.

Politiktheoretische Überlegungen

Die Definition politischer Bildung und die Gestaltung von politischen Bildungsgelegenheiten sind abhängig von der Frage, um was es geht: Was wird als Politik verstanden und was ist demzufolge Gegenstand politischer Bildungsprozesse? Für „Politik“ gibt es viele verschiedene Definitionen:

„Stehen dabei Konzepte im Mittelpunkt, die sich an bestimmten Werten ausrichten (bspw. Frieden oder Freiheit), wird von normativ orientierten Politikbegriffen gesprochen. Stehen dagegen Machtbeziehungen und deren Ausgestaltung im Zentrum, dann handelt es sich um einen machtbzw. herrschaftsorientierten Politikbegriff. Fokussiert das Verständnis auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen bzw. Aushandlungsprozesse, dann liegt diesem ein konfliktorientierter Politikbegriff zu Grunde.“ (siehe https://www.osa.fu-berlin.de/politikwissenschaft/beispielaufgaben/einfuehrung_in_die_politikwissenschaft_a/index.html)

Prominent ist die Unterscheidung in drei Dimensionen: eine institutionelle Dimension (polity), eine normative beziehungsweise inhaltliche Dimension (policy) und eine prozessuale Dimension (politics). Im Zusammenhang mit politischer Bildung wird häufig zwischen „Politik“ und „Politischem“ unterschieden (vgl. Gloe/Oeftering 2020) oder auch in einen „engen“ und einen „weiten“ Politikbegriff (siehe Gill et al. 2020: 40).

Im Fachforum bestand unter den Expert*innen politiktheoretische Einigkeit dahingehend, dass politische Bildung sowie demokratisch bildende Ansätze mit einem analytischen Politikbegriff arbeiten sollten. Der analytische Politikbegriff ist ein Ansatz, der politische Prozesse und Strukturen, Akteur*innen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse analysiert und mittels dieser Analyse ein Wissen erster Ordnung über Politik generiert, ohne Wertungen vorzunehmen. Er gilt als Ausgangspunkt, um zu qualifizieren, welche Themen und Fragen

politisch sind, etwa, was Themen und Fragen betrifft, die von Adressat*innen aufgeworfen werden.

Manche vertraten die Position, der analytische Politikbegriff erlaube eine Analyse politischer Phänomene, ohne A-priori-Setzungen vorzunehmen oder private normative Ansichten (z.B. durch Lehrpersonen/Bildner*innen) einzubringen, und sahen in dieser analytischen Distanz eine Grundlage politischer Bildung. Damit könnten, weitgehend unvoreingenommen, Bedürfnisse, Prozesse, Akteur*innen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse etc. beschrieben werden. Erst dann könne man, über die Frage wie Partikularinteressen in allgemeine Verbindlichkeiten überführt werden, den normativen Bezug einbringen.

Andere stellten den Wert des analytischen Politikbegriffs zwar nicht infrage, betonten aber, dass man in der Auseinandersetzung mit politischen Phänomenen stets auch eine eigene, normative Haltung einbringe, die es zu thematisieren gelte. Entsprechend bezogen sich diese Expert*innen auf einen normativen Politikbegriff.

Zur Frage stand allerdings, ob neben diese unstrittige analytische Komponente des Politikbegriffs auch eine normative Ebene tritt. Spätestens bei der Frage nach der Legitimation von Macht und Herrschaft geht es um demokratietheoretische Fragen. Abgesehen davon geschieht institutionalisierte politische Bildung in Deutschland (d.h. diejenige, die unter öffentlicher Rechenschaftspflicht steht, wie Schulunterricht oder politische Bildung in der Jugendarbeit) immer im Rahmen grundlegender demokratischer Werte und unseres demokratischen Systems.

Mit Blick auf politisch und demokratisch bildende Ansätze lautet der Kernkonflikt: Soll politische Bildung zunächst mit einer analytischen Perspektive Politik untersuchen oder direkt eine normative Zielsetzung (Demokratiebildung) verfolgen

Demokratietheoretische Überlegungen

Wenn politische Bildung mit einem Politikbegriff arbeitet, der rein analytisch ist, erhält die normative Dimension erst mit dem Demokratiebegriff Einzug. Mit ihm wird der Frage nachgegangen, wer, wie, mit welcher Legitimation politische Entscheidungen fällt bzw. fallen darf.

Aber implizieren nicht sowohl politisch als auch demokratisch bildende Ansätze notwendig eine normative Perspektive?

Auf der einen Seite steht das Argument, dass politische Bildung und Demokratiebildung nicht ohne den normativen Bezug auf Demokratie auskommen. Somit ist Demokratiestärkung immer ein Ziel von politischer sowie demokratischer Bildung. Allerdings geht es dabei, auch wenn politische Bildung demokratischen Werten verpflichtet ist, nicht um die Bewahrung des Status quo. Hier kommt die Unterscheidung von Politik und Politischem ins Spiel: Denn dann geht es um einen Demokratiebegriff, der die Notwendigkeit öffentlicher Diskurse betont, d.h. die permanente Hinterfragung und Auseinandersetzung in Gesellschaften über die bestehenden Regelungen, und mit dem im Wechselspiel von Kritik und Aushandlung demokratischer Wandel erfolgt: „Politisch sein bedeutet demzufolge zuallererst, in der öffentlichen Sphäre [...] anderen Menschen in Pluralität zu begegnen und in Freiheit sprechend und handelnd miteinander die gemeinsame Welt zu gestalten“ (Gloe/Oeftering 2020: 89).

Die andere Position besagt: Um Politik sinnvoll analysieren zu können, sollte zunächst ohne direkten Demokratiebezug gearbeitet werden. Denn Politik – als „Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen“ (siehe BMFSFJ 2020: 108) –, könne bspw. demokratisch oder autokratisch verstanden werden. Erst, um zu qualifizieren, ob und inwieweit das Austragen eines Konflikts demokratisch ist, sei demnach ein Demokratiebegriff vonnöten.

Zudem könne es für die Beziehungsarbeit mit radikalisierten Zielgruppen notwendig sein, im Rahmen eines offeneren Ansatzes zunächst auf den normativen Demokratiebezug zu verzichten. Auch sollten politische Systeme, die nicht demokratisch sind, thematisiert werden können.

Umgekehrt fragten die Expert*innen auch, ob demokratisch bildende Ansätze immer mit Politik verbunden sind oder ob sie als Erfahrungsraum für demokratische Prinzipien bloß eine Vorstufe von Politik darstellen. Sie argumentierten, dass der Politikbezug gegeben sein müsse, um von politischer Bildung sprechen zu können.

Bildungstheoretische Überlegungen

Aus bildungstheoretischer Perspektive stellt sich die Frage, wie politische Bildungsprozesse verlaufen und unterstützt werden können. In Jugendarbeit bzw. Jugendbildung wird Bildung als Selbstbildung verstanden – als Aneignung von Welt durch eigenständige Erfahrungsprozesse (siehe Lindner 2014: 25). Pädagogische Interventionen können daher nur „Aufforderung zur Selbsttätigkeit“ sein (Benner 2015: 82).

Jugendarbeit und nonformale politische Bildung unterstützen solche Selbstbildungsprozesse, indem sie Kindern und Jugendlichen Gelegenheiten bietet, ihre politischen Themen selbstbildend zu bearbeiten. Jugendliche werden als selbstbestimmungsfähige Subjekte gesehen, die ihre Lebensgeschichte und aktuelle Situation mitbringen. Selbstbildung ist an Freiheit und Selbsttätigkeit gebunden – die Nutzung von Bildungsgelegenheiten erfolgt freiwillig, ihre Effekte sind offen (siehe Scherr 1997: 21) und können je nach Interessen, Entwicklungsstand und biografischer Passung (siehe Böhnisch et al. 2006: 107) für die Jugendlichen individuell anders aussehen.

Aufgabe einer subjektorientierten Jugendarbeit ist demnach die Unterstützung der Jugendlichen in ihrem Entwicklungs- und Bildungsprozess, ein zunehmend selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben zu führen (siehe a.a.O.: 50), d.h. sich kritisch zu gegebenen Verhältnissen zu positionieren und sich zunehmend zu emanzipieren. „Damit gehen Verantwortung und kritische Reflexion des eigenen Handelns in Bezug zu Gesellschaft und Welt sowie die kritische Reflexion gesellschaftlicher und politischer Gegebenheiten einher. Politische Bildung kann als eine genuine Aufgabe von subjektorientierter Jugendarbeit gesehen werden“ (Transfer für Bildung 2022: 15).

Entsprechende Aneignungs- bzw. Bildungsprozesse sind an Möglichkeiten der Auseinandersetzung gebunden, die – dies ist die normative Rahmung – in einer demokratischen Gesellschaft demokratischen Regeln folgen sollten. Damit wird eine Wechselwirkung von Demokratie und Bildung angenommen: Gelegenheiten für demokratische Partizipation sind auch Bildungsgelegenheiten und umgekehrt (siehe Schwerthelm/Sturzenhecker 2016: 9). Allerdings ist Partizipation nicht voraussetzungslos, denn sie benötigt zusätzlich Wissen und Kompetenzen.

Im Fachforum wurde der Vorteil dieses Ansatzes darin gesehen, dass er durch lebensweltliche Anbindung zeigt, welche scheinbar privaten Themen politisch sein können. Andererseits wurde angemerkt, dass eben diese politische Dimension die Grenze zwischen politischem und sozialem Lernen markiere. Damit bleibe es Aufgabe der Fachkräfte in allen Settings, nicht nur handlungsorientiert Aushandlungsprozesse zu unterstützen, sondern auch Instrumente für begriffliche, analytische und reflexive Bearbeitung der Themen bereitzustellen.

Eine zentrale Debatte betrifft die Wahl des Bildungsgegenstands: Sollen Themen gesetzt werden oder bestimmen die Betroffenen? Unter subjektorientiertem Paradigma entwickeln sich Bildungsthemen aus den Interessen der Adressat*innen. Die Leitfrage lautet nicht „Wie interessieren wir für unsere Themen?“, sondern „An welche Erfahrungen und Interessen können wir anknüpfen?“ Dabei geht es auch darum zu erkennen, welche Themen politischen Gehalt haben. Es wird nicht vorausgesetzt, dass dies die Betroffenen selbst erkennen, vielmehr sollten politische Bildner*innen in der Lage sein, politische Dimensionen eines Themas zu erkennen und gemeinsam mit Betroffenen herauszuarbeiten. Dazu zählt auch, widerständiges Verhalten nicht als „Störung“ zu deuten, sondern als Themenangebot.

Subjektorientierung bedeutet dementsprechend nicht, dass nonformale politische/demokratische Bildungsprozesse in Jugendarbeit, Jugend- und Erwachsenenbildung ohne Begleitung der Fachkräfte auskämen. Denn ganz im Gegenteil bedarf die Entfaltung von politischen Selbstbildungsprozessen anregender Settings und Arrangements. Kinder, Jugendliche und Erwachsene benötigen Unterstützung von Fachkräften, um politische Dimensionen ihrer Themen zu erkennen, sie reflexiv und handelnd zu bearbeiten und um zu lernen, sich politische Reflexion und Einmischung zuzutrauen.

Als eine Voraussetzung für diese Unterstützung durch Fachkräfte wurde die „politische Informiertheit“ (vgl. Thimmel 2022) genannt, die über reines „Bescheid wissen“ über politische Themen hinaus auch ein Verständnis für Politik (im Sinne eines analytischen Politikbegriffs) und Demokratie umfasst. Eine so subjektorientierte, partizipative politische Bildung oder Demokratiebildung bezieht sich nicht nur auf einen zu vermittelnden „Gegenstand“ – z.B. ein politisches Thema –, sondern wird selbst Gegenstand von Reflexion und Aushandlung. Denn potenziell kann immer wieder befragt werden, was als politisch (öffentlich relevant, verbindlich regelungsbedürftig) gelten soll und was nicht, wer darüber bestimmt bzw. bestimmen darf oder sollte.

Aus Sicht der schulischen Fachdidaktik ist die Wahl der Bildungsinhalte eine Kernfrage von Fachdidaktik. Demnach habe Schule immer auch einen Erziehungsauftrag und diene der An- und Einpassung an die Gesellschaft. Es sei die Aufgabe von Erwachsenen, zu vermitteln, was sie in dieser Gesellschaft für relevant halten. Dagegen wurde aus Sicht der nonformalen Bildung und Sozialpädagogik kontrovers diskutiert, ob Fachkräfte in nonformalen Settings (eigene) Themen einbringen sollten. Fachkräfte, so wurde argumentiert, hätten eine Verantwortung und das Recht, Themen auch zu setzen, die aus verschiedenen Gründen wichtig seien, jedoch nicht gesehen oder vermieden würden. Dem wurde zumindest teilweise zugestimmt, allerdings mit der Einschränkung, dass a) in der Regel mehr Themen im Raum stünden als überhaupt bearbeitet werden könnten, es daher keinen Mangel an Themen gebe, und b) dass als notwendig angesehene Themen zwar eingebracht werden könnten, zumal wenn die Fachkraft sie nachdenklich und selbstreflexiv einbringt. Ob die Adressat*innen darauf eingehen, sei allerdings dahingestellt: In freiwilligen Settings könne dies auch abgelehnt werden. In der Praxis spitzt sich diese Frage noch einmal neu zu, wenn Fachkräfte in der nonformalen politischen Bildung aufgrund von förderpolitischen Vorgaben programmatisch gesetzte Themen aufnehmen müssen – also weder eigene noch die der Adressat*innen.

Praxismodelle

Für die nonformale politische Jugendbildung sowie die Jugendarbeit wurden in den letzten Jahren Modelle entwickelt, die versuchen, die dichotomen Sichtweisen von politischer Bildung vs. Demokratiebildung zumindest teilweise aufzulösen. Dies gelingt, indem (zunächst) die Frage nach dem zugrunde liegenden Politik- und Demokratiebegriff nicht mit entweder – oder bzw. als Vor- und Nachrangigkeit beantwortet wird, sondern als jeweils situativ zu gestaltendes Zusammenspiel. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die nonformale politische Bildung aufgrund ihrer verschiedenen Ausprägungen in den Praxisfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (z.B. politische Jugendbildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Medienbildung und weitere Felder) im Prinzip mehr Möglichkeiten einer adressatengerechten Gestaltung von Bildungsgelegenheiten und für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat als die Schule. Gleiches gilt für die Erwachsenenbildung.

Die erwähnten Praxismodelle sind vielfach beschrieben worden und finden inzwischen Anwendung in Fortbildung und Praxis. Sie bieten außerdem eine auf die Praxis bezogene Grundlage für die weitere Diskussion theoretischer Fundierungen.

Praxismodelle nonformaler politischer Bildung und Demokratiebildung

Becker, Helle (2024): Mission possible. Politische Bildung in der Jugendarbeit. In: deutsche jugend – Zeitschrift für Jugendarbeit. 72. Jg., H. 7-8, S. 334-342

Becker, Helle (2022): Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendbildung/Jugendarbeit. In: Fachstelle politische Bildung – Transversalen / Transfer für Bildung e.V. (Hrsg.): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive. Essen, S. 41-55, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung/mitteilung/artikel/broschuere-politische-bildung-und-jugendarbeit-handreichung-fuer-eine-verbindende-perspektive-1> (abgerufen am 07.07.2025)

Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung (Hrsg.) (2025): Momente. Alltagsorientierte politische Bildung. Neue Perspektiven für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Köln: Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der TH Köln, online: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/thkoeln_momente_handreichung_web_2025.pdf (abgerufen am 18.07.2025)

Müller, Burkhard / Schmidt, Susanne / Schulz, Marc (2008): Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung, Freiburg i.B.

Sturzenhecker, Benedikt / Glaw, Thomas / Schwerthelm, Moritz (2015-2020): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern, Band 1-3. Gütersloh

Sturzenhecker, Benedikt (2025): Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit. Konzepte, Methoden und Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, Weinheim

Transfer für Bildung (Hrsg.) (2024): Factsheet „Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendbildung/Jugendarbeit“, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/FactSheet-Integrationsmodell-Sept2024-final.pdf (abgerufen am 18.07.2025)

Transfer für Bildung (Hrsg.) (2024): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen, Essen, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/mitteilung/artikel/broschuere-open-offene-jugendarbeit-und-politische-bildung-gemeinsam-engagiert-erkenntnisse-aus-p/> (abgerufen am 18.07.2025)

Transfer für Bildung (Hrsg.) (2022): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive, Essen, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Broschueren/TransferfuerBildung_Broschuere-Politische-Bildung-Jugendarbeit.pdf (abgerufen am 18.07.2025)

Ausblick

Die Debatte um Konzepte politischer und demokratischer Bildung leidet nach wie vor unter der Schwierigkeit, dass verschiedene fachliche und wissenschaftliche Perspektiven aufeinandertreffen, die einer gegenseitigen Übersetzung bedürfen. Dabei geht es im Wesentlichen um politikwissenschaftliche Bestimmungen – bildungswissenschaftliche oder sozialpädagogische Perspektiven sind dem bisher eher nachgeordnet. Es fehlt außerdem eine ausgearbeitete Theorie nonformaler (politischer) Bildung, mit der die bildungstheoretischen Vorannahmen und pädagogischen Handlungsprinzipien beschrieben werden und die daraufhin mit fachdidaktischen Vorstellungen abgeglichen werden könnten.

Aus der Diskussion der Expert*innen im Fachforum lassen sich drei grundsätzliche Fragen identifizieren, zu denen es unterschiedliche Positionen in der Fachöffentlichkeit gibt.

1. Welche Rolle spielen Definitionen von Politik, Politischem und Demokratie für die Gestaltung von politischen Bildungsgelegenheiten? Welchen Nachholbedarf haben diesbezüglich Theorie und Praxis nonformaler politischer Bildung?
2. Wie normativ sind politische und demokratische Bildung im Hinblick auf ihre Verpflichtung auf demokratische Werte und ihre Einbindung in einen demokratischen Staat? Spielt ein Verständnis von Politik in politischen Bildungsprozessen eine vorgeschaltete oder übergeordnete Rolle oder ist dies Demokratie bzw. demokratische Erfahrung?
3. In welchem Verhältnis stehen (gegenstandsbezogene) fachdidaktische und (subjektorientierte, partizipative) sozialpädagogische Bildungskonzepte? Wie sind diese durch ihre gesellschaftlichen Aufträge und Praxisbedingungen bestimmt?

Die genauere Auffächerung und Beantwortung dieser Fragen böten eine Grundlage, politisch und demokratisch bildender Ansätze sichtbarer zu machen, in ihren jeweiligen Vorteilen zu stärken und im Fall von Kooperationen besser aufeinander abzustimmen.

Insgesamt wurden mehrere Desiderate deutlich:

- Für eine gemeinsame Auseinandersetzung mit politisch bildenden und demokratisch bildenden Konzepten sollten die Denktraditionen von Fachdidaktik und Sozialpädagogik stärker in den Blick genommen werden.
- Es muss außerdem differenziert werden, mit welchen gesellschaftlichen Aufträgen bzw. Funktionen Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung arbeiten und welchen Einfluss diese auf die jeweiligen Konzepte politischer Bildung haben.
- Gleiches gilt für die Unterscheidung von Strukturmerkmalen, die mehr sind als Rahmenbedingungen. So beeinflussen die Prinzipien der Freiwilligkeit und Partizipation in der nonformalen politischen Bildung die bildungstheoretischen und praktischen Konzepte. Begriffe (und Konzepte) wie Partizipation bzw. „demokratische Partizipation“ (siehe Schwerthelm/Sturzenhecker 2016: 9) sollten vor diesem Hintergrund stärker demokratietheoretisch und bildungswissenschaftlich bzw. sozialpädagogisch ausgeleuchtet und mit anderen Konzepten vermittelt werden.

- Es mangelt an theoretischen Grundlegungen nonformaler politischer Bildung, die politik- und demokratietheoretische Grundannahmen mit bildungswissenschaftlichen bzw. sozialpädagogischen Parametern verschränken. Einzelne Ansätze dazu gibt es, die jedoch wenig diskutiert werden. In der derzeitigen Auseinandersetzung wird (immer wieder) aus unterschiedlichen Perspektiven einer schulischen Fachdidaktik und einer sozialpädagogischen Praxis argumentiert.
- Die mangelnde Unterscheidung schulischer und nicht schulischer Grundlegungen (Funktionen, bildungstheoretische Grundlegungen, Formate etc.) führt zu Missverständnissen und Übersetzungshürden. Dabei ist die Verortung politischer Jugendbildung oft unklar (Zählt sie zur Jugendarbeit, bildet sie ein eignes Feld der Jugendbildung oder steht sie zwischen formaler und nonformaler Bildung?); ein Transfer zur politischen Erwachsenenbildung findet kaum statt.
- Gleichzeitig sind Praxismodelle, die in letzter Zeit entwickelt wurden, ein Ansatz, um die Relevanz und Verschränkung politik-, demokratie- und bildungswissenschaftlicher sowie sozialpädagogischer Perspektiven aufzuzeigen und anhand von Praxisbedingungen zu konkretisieren und zu differenzieren.

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die *Transferstelle politische Bildung* führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis nonformaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammelten. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13). Studie. In: Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.): Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht. München, online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/publikationen/Brosch%C3%BCren_2021_online/Becker_Exp16KJB_16032021_final.pdf (abgerufen am 22.07.2025)

Benner, Dietrich (2015): Allgemeine Pädagogik. Eine systematisch-problemgeschichtliche Einführung in die Grundstruktur pädagogischen Denkens und Handelns. Weinheim

Böhnisch, Lothar / Fritz, Karsten / Maier, Katharina (2006): Politische Erwachsenenbildung – Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim/München

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, online: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-undjugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 22.07.2025)

Gill, Thomas / Hasse, Julia / Steenbuck, Lena / Witzel, Anja (2020): Politische Bildung. Ein Überblick. Herausgegeben von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Berlin, online: <https://www.berlin.de/politische-bildung/publikationen/broschueren/lzpb-politische-bildung-bf.pdf> (abgerufen am 22.07.2025)

Gloe, Markus / Oeftering, Tonio (2020): Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung. In: Meyer, Dorothee / Hilpert, Wolfram / Lindmeier, Bettina (Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Bd. 10230), S. 87-132, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Grundlagen-Praxis-inklusive-pol-Bildung_ba_SR10230.pdf (abgerufen am 22.07.2025)

Himmelmann, Gerhard (2004): Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? In: Edelstein, Wolfgang / Fauser, Peter (Hrsg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms Demokratie lernen & leben. Berlin, online: <https://www.pedocs.de/volltexte/2008/216/pdf/Himmelmann.pdf> (abgerufen am 14.07.2025)

Kenner, Steve / Lange, Dirk (2020): Demokratiebildung. In: Achour, Sabine / Busch, Matthias / Massing, Peter / Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt a.M., S. 48-51

Kenner, Steve / Lange, Dirk (2022): Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe. In: Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Himmelmann, Gerhard / Lange, Dirk / Reinhardt, Volker / Seifert, Anne (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt a.M., S. 62-71

Lindner, Werner (2014): Arrangieren. Stuttgart

Müller, Burkhard / Schmidt, Susanne / Schulz, Marc (2008): Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung, Freiburg i.B.

Partetzke, Marc (2023): Demokratielernen vs. Politiklernen. In: May, Michael / Partetzke, Marc (Hrsg.): Einführung in die Politikdidaktik, Frankfurt a. M., S. 97-98

Partetzke, Marc (2024): Politische Bildung & Demokratische Bildung - Ziemlich beste Feinde? gesprochene Lecture im Rahmen der John-Dewey-Abendschule, online: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/bildung-beratung/abendschule/start-kollektion/politische-bildung-und-demokratische-bildung-ziemlich-beste-feine> (abgerufen am 24.07.2025)

Scherr, Albrecht (1997): Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik. Weinheim, online: <https://phfr.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/362/file/SubjektorientierteJugendarbeit.pdf> (abgerufen am 22.07.2025)

Schwerthelm, Moritz / Sturzenhecker, Benedikt (2016): Die Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII. Erfahrungsraum für Subjekt- und Demokratiebildung. Hamburg, online: <https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/schwerthelm-sturzenhecker-2016-jugendarbeit-nach-p11.pdf> (abgerufen am 07.07.2025)

Sturzenhecker, Benedikt (2024): Aus den lebensweltlichen Themen der Kinder und Jugendlichen mit ihnen Demokratiebildung entwickeln – Kurzeinführung in die GEBE-Methode. In: Transfer für Bildung (Hrsg.): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen, Essen, S. 41-46, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/mitteilung/artikel/broschuere-open-offene-jugendarbeit-und-politische-bildung-gemeinsam-engagiert-erkenntnisse-aus-p/> (Zugriff: 18.7.2025)

Thimmel, Andreas (2022): Politische Informiertheit in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Transfer für Bildung (Hrsg.): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive. Essen, S. 56-62, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung/mitteilung/artikel/broschuere-politische-bildung-und-jugendarbeit-handreichung-fuer-eine-verbindende-perspektive-1> (abgerufen am 22.07.2025)

Transfer für Bildung (Hrsg.) (2022): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive. Essen, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung/mitteilung/artikel/broschuere-politische-bildung-und-jugendarbeit-handreichung-fuer-eine-verbindende-perspektive-1> (abgerufen am 22.07.2025)

Transfer für Bildung (Hrsg.) (2024): Factsheet „Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendbildung/Jugendarbeit“, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/FactSheet-Integrationsmodell-Sept2024-final.pdf

Widmaier, Benedikt (2019): *Demokratieförderung und politische Bildung. Eine sozialisationstheoretische Perspektive.* In: *Journal für politische Bildung*, 9. Jg., H. 2, S. 16-21

Wohnig, Alexander (2021): *Klärungsversuche: Zum Begriff „politische Bildung“ im 16. Kinder- und Jugendbericht.* In: *Journal für politische Bildung*, 11. Jg., H. 2, S. 14-19, online: <https://www.journal-pb.de/blog/klaerungsversuche-zum-begriff-politische-bildung-im-bericht> (abgerufen am 24.07.2025)

Wohnig, Alexander/ Sämann, Jana (2022): *Entgrenzungen im Diskurs um Demokratiebildung und politische Bildung.* In: *Der pädagogische Blick*, 30. Jg., H. 4, S. 257-68

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

**Vielfalt
gestalten**
Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

**TRANSFER
FÜR
BILDUNG**

Gefördert
durch die
 **bpb**
Bundeszentrale für
politische Bildung